

kleinezeitung.at" gefunden am 13.11.2020 12:06 Uhr

Ruf nach Kinderschutzkonzepten "Niemand kann Gewalt alleine verhindern"

Neue Konzepte der Gewaltprävention haben zum Ziel, Kinder und Jugendliche vor Übergriffen in Organisationen und Institutionen zu schützen.

Kinder haben Rechte. Unter anderem das

Recht auf Schutz vor Gewalt. In Österreich ist das aus Sicht von Kinderschutzverbänden rechtlich nicht ausreichend verankert - unter anderem in Organisationen und Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Was fehlt, "sind Konzepte, die in Kindergärten, Freizeitvereinen, Berufsverbänden, Betreuungseinrichtungen und Glaubensgemeinschaften umgesetzt werden", sagte Astrid Winkler, Geschäftsführerin von ECPAT Österreich, am Donnerstag bei einer Video-Presskonferenz zum Projekt „Safe Places“.

Bisher gäbe es keine gesetzliche Verpflichtung zur Implementierung von Kinderschutzgesetzen. Nur in zwei Bundesländern sei diese für die staatliche Förderung nötig. Aber: Viele würden sich Konzepte und die Verpflichtung zu Gewaltschutz und -prävention wünschen, so Winkler. Derzeit sei die Implementierung freiwillig, das sei sehr problematisch.

Was Institutionen brauchen

Dabei gehe es um sechs zentrale Elemente: Die Selbstverpflichtung der Organisation zum Kinderschutz, Risikoanalyse, präventive Maßnahmen u.a. in der Personalpolitik, Fallmanagement inklusive Beschwerdemechanismen, die Umsetzung mit allen Beteiligten, sowie Monitoring, Evaluation und Weiterentwicklung.

Ziel sei es, Entscheidungsträger und Geldgeber in Österreich dazu zu bewegen, sich flächendeckend für mehr Interventionsansätze einzusetzen: "Junge Leute brauchen einen Raum, in dem sie das Gefühl von Sicherheit und Schutz erleben können", so Winkler. Sie wünsche sich, dass überall dort, wo mit der Altersgruppe 0 bis 18 zusammengearbeitet wird, an individuellen Modellen zum Schutz der Jugend gearbeitet wird. Das heißt konkret: "Nicht eine Person schreibt das Konzept und die Geschäftsleitung segnet es ab", stellt Winkler klar. Sondern: "In den Prozess sind Mitarbeitende unterschiedlicher Bereiche ebenso eingebunden wie Kinder und Jugendliche selbst." Letzteres sei etwa durch den „Jugendbeirat“ des Projektes „Safe Places“ möglich.

"Ich hatte das Gefühl, nicht gehört zu werden"

Corinna Heinzle (21), Mitglied des Beirats, betont, wie wichtig es sei, jungen Leuten ein Mitspracherecht zu geben: "Ich kann von meinen Erfahrungen sagen, dass ich in meiner früheren Jugendzeit manchmal das Gefühl gehabt habe, dass man mich nicht hört." Sie und ihre Freunde waren früher viel in einem Jugendzentrum unterwegs. Ein Mitspracherecht hatten sie dort allerdings nicht: "Somit hatten wir das Gefühl, wir können nicht mitreden, weil wir nichts können."

Ein juristisches Gutachten belegt die Möglichkeit, Kinderschutzstandards bundesweit zu vereinheitlichen und zu regeln. Das bestätigt Wolfgang Mazal, Leiter des Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien. Kinderschutz ist hierzulande Ländersache. Das heißt er ist in zahlreichen Gesetzen punktuell geregelt, doch fehlt eine bundesweit einheitliche Regelung.

Allerdings sei davon auszugehen, so der Experte, dass sich auf Basis der aktuellen Gesetzeslage bereits etliche Bestimmungen finden lassen, die Ansätze für klar vertretbare Argumentationen bieten, nach denen Organisationen in der Pflicht sind, Kinderschutzkonzepte vorzuweisen.

Damit Einrichtungen dieser Pflicht auch nachkommen, empfiehlt Mazal die bestehenden Bestimmungen auszubauen. Als wirksames Instrument könnte das Förderungsrecht des Bundes dienen.

„Kinder brauchen sichere Orte, das ist unser Anliegen in diesem Konzept“, betont Martina Wolf, die Geschäftsführerin des Bundesverbands Österreichischer Kinderschutzzentren. Und weiter: „Damit ein Ort sicher wird, braucht es ein Konzept und strukturelle Rahmenbedingungen, vorzugsweise ein Gesetz.“ Wolf plädiert an die Leitungsverantwortung auf höherer Ebene. „Niemand kann Gewalt alleine verhindern oder beenden, das Essentielle sei die Vernetzung. Deshalb wurde die „Allianz für Kinderschutz“ ins Leben gerufen. Dabei gehe es darum, alle Organisationen, die im Kinderschutz tätig sind, an einen Tisch zu holen. Die Allianz hat bereits im September ihre Arbeit aufgenommen. Konkret gehe es um „Austausch, darum Ziele zu bündeln, mehr wissen, was die anderen machen und die Kooperation zu verbessern“, so Wolf. Und ein Lobbying für die Kinderrechte. Pro Jahr seien zwei bis drei Treffen angedacht.

Weblink: https://www.kleinezeitung.at/lebensart/gesundheit/5896922/Ruf-nach-Kinderschutzkonzepten_Ruf-nach-Gewaltpraevention-bei